

Nordwestzeitung (Oldenburg) vom 14. September 2011

Jetzt amtlich: Stadt klagt gegen Bahn

Jade-Weser-Port Bürger sollen ins Boot

VON MICHAEL EXNER

Oldenburg Die Stadt wird gegen die Planfeststellungsbeschlüsse für den Bahnstrecken-Ausbau zwischen Rastede und Varel vor Gericht ziehen und dabei einige betroffene Anlieger mit ins Boot nehmen. Das hat der Verwaltungsausschuss am Montagabend einstimmig beschlossen.

Die Weichen dafür waren schon seit geraumer Zeit gestellt (die **NWZ** berichtete). Konkret sieht die Entscheidung vor: Der Verwaltungsrechtsexperte Prof. Dr. Bernhard Stür (Münster) soll gegen die Planfeststellungsbeschlüsse für die Strecken Rastede-Hahn und Jaderberg-Varel Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht einreichen und gleichzeitig einen Eilantrag zur Aussetzung der Beschlüsse stellen.

Darüber hinaus bietet die Stadt Eigentümern von an der Stecke liegenden Grundstücken und den Bürgerinitiativen an, deren Prozessvertretung vom Stadt-Anwalt mit übernehmen zu lassen – inklusive der Anlaufkosten für das Verfahren. Voraussetzung: Bürger bzw. Initiativen erklären sich im Gegenzug bereit, im Falle einer Niederlage vor Gericht die auf sie entfallenden Kosten der Gegenseite zu tragen. Diese Bedingung hat ihre Ursache in dem allgemeinen Prozessrisiko: Wer verliert, bezahlt.

Die selbst nicht unmittelbar vom Ausbau dieser Strecken betroffene Stadt stützt ihre Klage darauf, dass die beiden Planfeststellungsbeschlüsse „entgegen den rechtlichen Erfordernissen einer Gesamtbetrachtung“ aus ihrer Sicht „keine ausreichende Berücksichtigung und Abwägung der Lärmsituation in Oldenburg“ nach Inbetriebnahme des Jade-Weser-Ports enthalten. Zudem wäre es eben wegen dieser Auswirkungen erforderlich gewesen, „die Planungsunterlagen auch in Oldenburg auszulegen und hierzu eine förmliche Beteiligung der Stadt und auch der Anlieger durchzuführen“.

Zwar hätten sich zahlreiche Bürger von sich aus gemeldet und ihre Belange vorgetragen. Doch enthielten die Planfeststellungsbeschlüsse keine ausreichende Auseinandersetzung mit der eintretenden Verschlechterung der Oldenburger Situation.

Nach dem politischen Klagebeschluss wird die Stadt Kontakt zu den Bürgerinitiativen aufnehmen: zur Auswahl der Grundstücke und zur Regelung des Finanziellen.